

Registrier seiner gerissenen Diplomatie spielen und er hat Vorsicht genug, um — in Form unverbindlicher Verhandlungen — hinter seinen Angeboten den tödlichen Stachel zu verbergen. Zu großem Vertrauen auf diese Art der Verständigungspolitik ist noch immer die Enttäuschung auf dem Fuße gefolgt: Misstrauen ist das Gebot des Staates. Daraum scheint es schon bedeutsam und ein erster Schritt auf der gefährlichen Bahn, wenn tatsächlich, wie aus Genf gemeldet wurde, die Verhandlungen über den Investitionsplan auf der Grundlage des Protokolls begonnen haben. Hier muss der Grundsatz gelten: Prinzipiell obstat! Die deutsche Stellung wäre schon verloren, wenn die Abordnung wankend würde in der Verfestigung der Auffassung, daß die Investitionshaltung aus nur eines wesentlichen Teiles des Investitionsprotokolls eine Verleugnung des Friedensvertrages und zugleich eine öffentliche Verleugnung der Voearns Politik sein würde. Und besonders der deutsche Außenminister ist es dem durch Tholets schwer entludeten Volke schuldig, zum mindesten auf dem letzten Gebiete der idealen Forderungen Hoffnungen und Halbhoffnungen Realitäten mit nach Hause zu bringen. Alles was bisher von der Gegenseite als Einverständnis angeboten wurde, ist Scheinlösung; alle das biekt und wieder Steine statt Brots geben und das Damokles-Schwert der Militärforderungen über Deutschland in der Schwebe lassen. „Sieben die rechtsidige Militärfürstrolle noch eine Seltlung ertragen, als ihre Aufhebung mit neuem und dauerndem Unrecht erlaufen“ — das ist die Stimme nicht nur der deutschen Rechten, sondern breiter Massen über das Zentrum bis in die Kreise der Linken hinein. Stresemanns Stellung wäre, auch wenn er ohne Erfolg, aber doch auch ohne Misserfolg aus Genf zurückkehrt, für die Entwicklung einer neuen Phase der Befreiungspolitik immer noch sehr genau. Die Einheitsfront der Alliierten ist zurzeit sowieso ganz geschlossen. Eine selbständige deutsche Politik nach anderen als der stark-weltlichen Richtung oder nach mehreren Richtungen ist trotz des Eintritts in den Völkerbund immer noch möglich. Tatsächlich steht in Berlin an den Türen und Flussufern bald sich außerhalb Genf jederzeit zu einer Ausprache mit Stresemann bereit. Auch in der innerpolitischen Lage sind die Befreiungsbemühungen, wenn man es nur willt, die sozialistische Befreiung abzuschließen. Der dringende Ruf Dr. Wirths war ein Zeichen, wie auch in linksradikalen Kreisen die außenpolitische Geduld erschöpft ist; das bestreite Gebiet ist über die Ergebnisse aller Verhandlungsverhandlungen auf dem bisherigen Wege mehr als je beunruhigt und die nationale Opposition hat in den letzten Wochen einen vollausbrechenden und die Möglichkeit einer neuen Plattform für eine Verbreitung der deutschen Außenpolitik bietet, wenn die jeweiligen Neuerer Vorgehungen in diese Richtung drängen.

Marr versucht zu beschwichtigen.

Dr. Scholz und Müller-Franken beim Kanzler
Der erste Erfolg bei den Sozialisten: Keine Zustimmung zum kommunistischen Mitherausnomotum.

(Durchmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 8. Dezember. Das Reichskabinett hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, in der es sich mit der Frage der Beziehungsbeihilfen für Beamte, den Ämtern und vor allem mit der innenpolitischen Lage befaßte. Was die beiden ersten Punkte betrifft, so ist das Kabinett heute zu Beschlüssen noch nicht gekommen. Die Ausprache über die innenpolitische Lage stand im Bereich der Kette des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz. Heute nachmittag hatte der sozialdemokratische Fraktionsführer Müller-Franken dem Reichskanzler einen kleinen Appell abgestattet, in dem er nochmals der vertragerten Stimmung der Sozialdemokraten über die Scholz'sche Kette und das Verhalten des Reichskabinetts, insbesondere des Reichswissenschaftsministers Kühl anlässlich des Jugendabsturzes, Ausdruck gab. Der Reichskanzler versicherte dem Abgeordneten Müller-Franken, daß er sich bemühen werde, für einen Ausgleich zu sorgen.

Am Abend empfing der Kanzler den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz, der heute wieder in Berlin eingetroffen war, zu einer Ausprache.

Dr. Scholz erklärte dem Reichskanzler, daß er in Insterburg lediglich seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck gegeben und nicht etwa im Namen der Partei gesprochen habe.

Die Angriffe der Sozialdemokraten gegen die Regierungskoalition seien deshalb gänzlich verfehlt. Man könne doch höchstlich nicht aus lauter Rücksicht auf die Sozialdemokratie darin kommen, daß man seine Ansicht streng im Punkt verschlossen habe. Sozialdemokratische Abgeordnete, wie Stresemann in München, hätten ja auch nicht daran, daß andere unangenehm sind, für sich zu behalten. Dr. Scholz erklärte dann dem Reichskanzler weiter, daß sich die volksparteiliche Fraktion am Donnerstag mit dieser Anwendung behilfen werde. Die Deutsche Volkspartei denkt nicht daran, jetzt eine Regierungskoalition herauszubilden. Wenn es zu einer solchen kommen sollte, so werde sie nicht durch die Deutsche Volkspartei herbeigeführt sein.

Im übrigen scheint es dem Reichskanzler gelungen zu sein, auf die Sozialdemokratie etwas dämpfend einzutreten. Wenigstens verlautete heute schon, daß die Sozialdemokraten sich dahin einig waren, dem kommunistischen Mitherausnomotum gegen Kühl nicht zuzustimmen. Sie wollen allerdings ihrem Mitheraus gegen Dr. Kühl das hier Ausdruck geben, daß sie ein besonderes Votum einbringen, in dem sie Dr. Kühl wegen seiner Haltung bei der Behandlung

des Jugendabsturzes ihr Vertrauen absparen. Es würde sich in diesem Falle aber um ein Misstrauensvotum ohne praktische Bedeutung handeln, denn es würde im Reichstag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt werden. Im übrigen hat der Reichskanzler heute auch Gelegenheit genommen, den sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken darauf hinzuweisen, wie sehr durch die künftige Herbeiführung innerer Konflikte die Stellung der deutschen Unterhändler in Genf erschwert werde.

Die Bindung des Kanzlers an die Sozialisten

Berlin, 8. Oktober. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem "Vorwärts" geschrieben: Als die Minderheitsregierung im November die Krisenkurze regeln wollte, rückte sie auf Schwierigkeiten, weil die Deutschenationalen die sozialdemokratischen Agitationen unterstützten. Dabei wandte sich Reichskanzler Dr. Marx an die Sozialdemokraten. Der "Vorwärts" behauptete darauf, es sei der sozialdemokratischen Fraktion gelungen worden, die Regierung werde bemüht sein, ihre gescheiterte Arbeit auf die Basis einer Mehrheit zu stellen, die aus der Mitte und der Sozialdemokratie besteht. Wir wissen nicht, was zwischen dem sozialdemokratischen Führer und Dr. Marx in Wirklichkeit vorbereitet worden ist. Wir erinnern uns nur daran, daß an jenem Nachmittag, an dem die Abmachungen erfolgten, der Führer der Volkspartei Dr. Scholz anderer Meinung war als die Sozialdemokraten. Man konnte damals fast glauben, daß die Sozialdemokraten Dr. Marx aufgestanden hätten. Bei den schweren Angriffen der Sozialdemokraten gegen das Kabinett wäre es vielleicht an der Zeit, daß sich der Kanzler offen über die Bindung aussprechen läßt, die er der Sozialdemokratie gegenüber eingespannt hat.

Das würde die Regierungsparteien um so mehr interessieren, als sich die sozialdemokratischen Angriffe doch nicht auf die Volkspartei (Scholz und Stresemann) befranken, sondern darüber hinausgehend sich auch auf die Zentralminister, auf den Banater Stinzel, auf die Demokraten Kühl und Gehrer erstrecken.

Eine deutschnationale Erklärung.

(Durchmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 8. Dez. Von Seiten der deutschnationalen Parteileitung geht uns folgende Mitteilung an: Die demokratische "Vorwärts" verfügt unter der Überschrift "Was Westar will dictieren", dem Parteivorsitzenden der Deutschnationalen eine Ablehnung vor der auf dem deutschnationalen Kölner Parteitag gegebenen Parole zu unterstellen. Derartige Verbisse werden angeblich des Verfalls der sogenannten kleinen Koalition sich voraussichtlich in nächster Zeit häufen. Die Absicht ist zu durchsichtig, als daß es sich verlohnt, auf solche Tendenzmeldungen näher einzugehen.

Mindestens 6 Monate Barmat-Prozeß.

Beginn am 11. Januar.

Woher soll man die Schöffen nehmen?

Berlin, 8. Dez. Am 11. Januar beginnt der Prozeß gegen die Meden der Barmat, die größte Verhandlung, die jemals ein deutsches Gericht beschäftigt hat. Die mit der Durchführung des Verfahrens betrauten Juristen erklären sich heute, daß voraussichtlich die Dauer der Verhandlungen sechs Monate übersteigen und wohl gar sieben oder acht Monate im Ansatz nehmen wird. Dieser außergewöhnliche Prozeß erfordert daher auch von allen in Frage kommenden Stellen außerordentliche Mittel, und so hat der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Neumann, im Einvernehmen mit den vorgesehenen Stellen dafür Sorge getragen, daß bei etwa voraussehbaren Krankheiten, Unfallställen usw., die ein Mitglied des Gerichts, der Staatsanwaltschaft oder des technischen Personals treten könnte, sofort Ersatz zur Stelle ist. Man hat auch dafür Sorge getragen, daß Gericht möglichst durch Sachverständige zu belegen und Richter heranzuziehen, die mit den verwinkelten wirtschaftlichen Dingen, die in dem Prozeß zu erörtern sind, ganz genau vertraut wissen. Das gesamte Gericht hat nun mehrere Monate lang die Akten durchgearbeitet und jetzt haben Richter und Staatsanwälte einen Geholungsaurland von drei Wochen erhalten, um sich für die Verhandlung genügend vorzubereiten, denn wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürften die prozeßbeteiligten Richter ohne Ausnahme im kommenden Sommer kaum einen Urlaub antreten können. Eine besonders schwierige Frage erscheint jedoch vorläufig noch ungeklärt, nämlich die, woher man die für die Verhandlung notwendigen Schöffen hernehmen soll.

Nach dem Gesetz ist zwar jeder Staatsbürger verpflichtet, dieses Ehrenamt zu übernehmen, doch kann auch das Gericht billigerweise nicht verlangen, daß die Schöffen fast dreiviertel Jahr ihrem Berufe oder Geschäft entzogen werden. In den nächsten Tagen sollen die Schöffen, zu denen auch drei Erzählerinnen gehören, ausgelost werden. Man wird bei der Auswahl ganz besonders vorsichtig sein, damit nicht allzuviel Proteste gegen dieses Amt eintreten. Man wird sich wohl in erster Linie, da es heute Kenner im alten Sinne des Wortes kaum gibt, bemühen, ältere pensionierte Beamte heranzuziehen, da seitens der Gewerbetreibenden und der im Erwerbsleben Stehenden berechtigte Proteste gegen ihre Wahl zu erwarten sind.

Schulstreik in ganz Westfalen.

Essen, 8. Dez. Der Dortmunder Schulstreik hat sich über ganz Westfalen ausgedehnt. Eine vom Evangelischen Elternbund abgehaltene Protestversammlung forderte eine Erklärung an den Reichstag, in der die schnelle Verabsiedlung eines Reichsschulgesetzes gefordert wird, das die evangelische Schule und ihre Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere dadurch sichert, daß es evangelische Lehrer und evangelische Amtsstellen vorschreibt. In Bochum soll der Schulstreik morgen beginnen. Die Elternverbände von Herne, Gelsenkirchen, Hamm, Schermbeck und Bottrop haben den Sympathiekreis für die nächsten Tage beschlossen. Auch in anderen Nachbarorten dürfte der Schulstreik nicht zu verhindern sein, wenn die Streitfrage in den nächsten Tagen nicht zur Befriedenheit der Eltern gelöst wird. (T. U.)

Der Völkerbundsrat zur Überleitungskonferenz

Chamberlain und Scialoja gegen Überführung!

Ges. 8. Dez. Der Völkerbundsrat genehmigte heute nachmittag drei Berichte Bereichs, die mit den Vorarbeiten zur Überleitungskonferenz im Zusammenhang stehen. Der Generalsekretär wurde beauftragt, allen Völkerbundsräten unter Empfehlung des Abschlusses von Schiedsvertragen die Mitarbeit des Völkerbundsrates für ihr Zustandekommen anzuzeigen.

In einer zweiten Entwickelung fordert der Rat den Vorbereitungsausschuss auf, ihm einen Vorschlag über die Einberufung der Überleitungskonferenz zu machen, sobald es der Stand der Vorarbeiten erlaubt und das Programm der Überleitungskonferenz aufgestellt. Chamberlain und Scialoja warnen vor einer Einberufung ohne vorläufige Vorbereitung in technischer und politischer Hinsicht. Paul Boncossy stimmt dieser Auffassung bei, spricht aber den Wunsch nach möglichst baldiger Zusammensetzung der Konferenz aus.

Eine dritte Entwickelung fordert der Rat den Vorbereitungsausschuss auf, ihm einen Vorschlag über die Einberufung der Überleitungskonferenz zu machen, sobald es der Stand der Vorarbeiten erlaubt und das Programm der Überleitungskonferenz aufgestellt. Chamberlain und Scialoja warnen vor einer Einberufung ohne vorläufige Vorbereitung in technischer und politischer Hinsicht. Paul Boncossy stimmt dieser Auffassung bei, spricht aber den Wunsch nach möglichst baldiger Zusammensetzung der Konferenz aus.

Eine dritte Entwickelung fordert der Rat den Vorbereitungsausschuss auf, ihm einen Vorschlag über die Einberufung der Überleitungskonferenz zu machen, sobald es der Stand der Vorarbeiten erlaubt und das Programm der Überleitungskonferenz aufgestellt. Chamberlain und Scialoja warnen vor einer Einberufung ohne vorläufige Vorbereitung in technischer und politischer Hinsicht. Paul Boncossy stimmt dieser Auffassung bei, spricht aber den Wunsch nach möglichst baldiger Zusammensetzung der Konferenz aus.

Eine dritte Entwickelung fordert der Rat den Vorbereitungsausschuss auf, ihm einen Vorschlag über die Einberufung der Überleitungskonferenz zu machen, sobald es der Stand der Vorarbeiten erlaubt und das Programm der Überleitungskonferenz aufgestellt. Chamberlain und Scialoja warnen vor einer Einberufung ohne vorläufige Vorbereitung in technischer und politischer Hinsicht. Paul Boncossy stimmt dieser Auffassung bei, spricht aber den Wunsch nach möglichst baldiger Zusammensetzung der Konferenz aus.

Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf.

Ges. 8. Dezember. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Sitzung die Weltwirtschaftskonferenz an den 4. Mai 1927 nach Genf einberufen. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der frühere belgische Finanzminister Theunis ernannt. (W. T. B.)

Endlich Abzug der französischen Truppen von der Saar?

Ges. 8. Dez. In der vom Völkerbund wiederholt vertragten Frage der vom Saargebiet seit langem geforderten Rückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet und zu der französischen Forderung, daß mindestens zwei Bataillone zur Sicherheit des Eisenbahntransports im Saargebiet verbleiben sollen, haben in den letzten Tagen neue Verhandlungen stattgefunden, auf Grund deren nunmehr eine Einigung auf folgender Grundlage bevorstehen dürfte: Es soll für die saarländischen Bahnen ein rein technischer Bahnhof ohne irgendwelchen militärischen Charakter geschaffen werden, der ausschließlich der Regierungskommission für das Saargebiet unterstehen und aus fremden, von der Regierungskommission gewählten Staatsangehörigen mit rein zivilen Funktionen bekleidet wird und im Bedarfsfalle den Schutz der Bahnhöfe und der Bahnenlinien zu übernehmen hätte.

Noch keine Einigung über die Oilstellen.

Ges. 8. Dez. In den Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Artikels 180 des Versailler Vertrages in Bezug auf die Königsberger Fehlung und über die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial und Teilsfabrikation ist noch keine Aenderung eingetreten. Die Verhandlungen werden in Paris fortgeführt werden. (WTB.)

Der deutsch-italienische Schiedsvertrag.

Grundsätzliche Einigung mit Scialoja.
Ges. 8. Dez. Die Unterhöhungen des italienischen Vertreters Scialoja mit dem deutschen Außenminister Stresemann und dem Rechtsberater der deutschen Delegation Dr. Gaus haben zu einer fast vollständigen grundsätzlichen Einigung über den deutsch-italienischen Schiedsvertrag geführt, dem jetzt nur noch die Formalisierung einiger Punkte fehlt. Es handelt sich um einen Schiedsvertrag, wie er in den Locarnoverträgen vorgesehen ist. Es sind deshalb an den bevorstehenden Abschluss dieses Vertrages weitergehende politische Kombinationen nicht zu knüpfen. Der Vertrag beweist, wie alle anderen von Deutschland abgeschlossenen Schiedsverträge, die friedliche Lösung aller etwa auftauchenden Streitfragen zwischen den beiden Ländern im Sinne der Locarnoverträge. Die in den italienischen Blättern neuerdings wieder aufgetauchten Werke von einer Zusammenfassung zwischen Stresemann und Mussolini werden in Genf als völlig unzutreffend bezeichnet.

Frankreich hinter Jugoslawien?
Italienische Stimmen zum albanischen Vertrag.
Rom, 8. Dez. Die Vorgänge in Albanien und Jugoslawien beschäftigen weiterhin die Presse. "Giornale d'Italia" berichtet aus Tirana, daß die albanische Kammer heute abend über den italienisch-albanischen Vertrag abstimmen werde. Das Ergebnis dieser Abstimmung sei noch nicht vorauszusehen, weil in den letzten Tagen jugoslawische und französische Agenten eine starke Agitationstätigkeit gegen den Vertrag entfaltet hätten. Das Menschenrecht sei von diesen Leuten gegen den Vertrag verstoßen worden. Auch der französische und jugoslawische Gesandte widerholte wiederholte Unterredungen mit Ahmed Bogi über den Vertrag gehabt. Weiter erklärt "Giornale d'Italia", daß der italienisch-albanische Freundschaftsvertrag unmöglich den Grund für das Abschneiden Jugoslawiens in eine neue Politik abgeben könne. Dieser Freundschaftsvertrag könne nur ein Vorwand für Jugoslawiens neue Haltung sein. Das Blatt glaubt, daß Jugoslawien durch Poincaré aufgewiegelt werde und daß nicht nur gegen Italien, sondern auch gegen Deutschland.

Entscheidende Verhandlungen zum Finanzausgleich.

Noch kein Beschluß im Reichsratsausschuß.
Berlin, 8. Dez. Heute vormittag fand eine Sitzung des Reichsratsausschusses unter Teilnahme der Finanzminister fast sämtlicher Länder statt, die sich bis in die ersten Nachmittagsstunden hinzog und in der der Entwurf des Reichsfinanzministeriums über den vorläufigen Finanzausgleich noch einmal eingehend erörtert wurde. Bekanntlich stehen die Länder auf dem Standpunkt, daß ihnen u. a. die sogenannte Umsatzsteuer garantiert werden muß. Das Reichsfinanzministerium lehnt die Garantie nach wie vor ab, ist jedoch bereit, als Ausgleich die Garantie für die Einkommensteuer, die nach dem letzten Entwurf des Reichsfinanzministeriums 2,4 Milliarden beträgt, auf 2,5 Milliarden zu erhöhen. Die Länder legten im Ausschuß noch einmal deutlich ihren Standpunkt dar. Beschluß wurden nicht getroffen. Die zweite entscheidende Ausschließung des Entwurfs ist für Donnerstag vorgesehen. Sollte bis dahin eine Einigung zustande kommen, dann wird sich voraussichtlich noch am gleichen Tag das Plenum des Reichsrates damit beschäftigen.

Das Jeere Gestell

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des Augenglasses für den Weihnachtsmarkt. Dann aber die sorgfältige Maßarbeit für den Beschenken durch Brillen-Roettig
Prager Straße 22

des